

Nicht anwesend sind:

sachkundige Einwohner

Herr Marcel Rosteck	FDP	entschuldigt
Herr Torsten Kalweit	CDU	entschuldigt
Herr Ingo Korne	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Dr. Reinhard Stark	Seniorenbeirat	entschuldigt

Schriftführer/in:

Herr Mathias Jeske

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.04.2013 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit
finanziellen Auswirkungen
Vorlage: 12/SVV/0209
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP
 - 4.2 Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0282
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
 - 4.3 Tourismusticket
Vorlage: 13/SVV/0136
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.4 Finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt am Unterhaltungsaufwand der
Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG)
Vorlage: 13/SVV/0283
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
 - 4.5 Durchgang im Schäferfeld
Vorlage: 13/SVV/0176
Fraktion DIE LINKE

- 4.6 Entgeltordnung für die Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen (Gewerbeabfall) der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0251
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4.7 Satzung Entwicklungsbereich "Krampritz"
Vorlage: 13/SVV/0253
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.8 Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0190
Oberbürgermeister, SB Recht und Grundstücksmanagement
+ Äa Fraktion SPD vom 08.05.2013
- 4.9 Sportstättenanierung
Vorlage: 13/SVV/0269
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste zur 47. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.04.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussfähigkeit sowie ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind alle Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Dr. Wegewitz schlägt vor, den Tagesordnungspunkte 4.1 zurück zustellen, da die Verwaltung noch an der Drucksache arbeitet. Desweiteren möchte Herr Dr. Wegewitz die Tagesordnungspunkte 4.7 – 4.9 vorziehen, da hierzu mehrere Besucher gekommen sind und auch Rederecht beantragt haben.

Die geänderte Tagesordnung wird ohne Einwände bestätigt.

Da keine Einwände gegen die Niederschrift des Ausschusses für Finanzen vom 17.04.2013 bestehen, wird diese auch bestätigt.

zu 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner berichtet über die Gewerbesteuereinnahmen der Landeshauptstadt Potsdam und dass diese im Vergleich zu den Monaten April und Mai des Vorjahres um ca. 13 Mio. € Mindereinnahmen aufweisen.

Herr Schultheiß fragt, ob Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer zu erwarten sind.

Herr Exner verneint dies. Bei der Gewerbesteuer sowie beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wird die Planerfüllung prognostiziert.

Herr Wolff fragt warum bei einem solchen Defizit noch von der Planerfüllung ausgegangen wird.

Herr Exner weist auf den Sondereffekt durch die Nachbesteuerung in der Gewerbesteuer im letzten Jahr hin und dass dieser Effekt allein für ca. 10 Mio. € Mehreinnahmen gesorgt hat.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen

Vorlage: 12/SVV/0209

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP

Tagesordnungspunkt wurde zurück gestellt.

zu 4.2 Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 13/SVV/0282

Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

Herr Dr. Wegewitz ruft die Drucksachen 13/SVV/0282, 13/SVV/0136 und 13/SVV/0283 zusammen auf, da diese inhaltlich das gleiche Thema darstellen und lässt über die Rederechtsanträge der DEHOGA, der IHK und der HWK abstimmen und informiert über einen Redebeitrag von Herrn Cornelius.

Nach der Zustimmung durch die Mitglieder übergibt er das Wort an die Vertreter.

Herr Thomas Zabel, als Vertreter der **DEHOGA** (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V.), berichtet vom negativen Stimmungsbild

im Hotel- und Gaststättengewerbe. Er weist auf die sich abzeichnende Doppelbelastung hin und dass viele ihr freiwilliges, finanzielles Engagement bei kulturellen und sportlichen Veranstaltungen zurückfahren werden. Auch weist die Satzung noch mehrere Mängel und Ungereimtheiten auf und der Vergleich zu anderen Großstädten fand nicht statt. Schlussfolgernd ist dies nicht der richtige Lösungsansatz, da die SPSG (Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg) nicht 1 Mio. € sondern 4 Mio. € benötigt.

Herr Dr. Manfred Wäsche, als Vertreter der **IHK Potsdam** (Industrie- und Handelskammer Potsdam), ist schwer enttäuscht von Politik und Verwaltung. Das wirtschaftlich freundliche Klima in dieser Stadt werde dadurch zerstört. Durch das Umlegen der Abgabe auf die Preise werden direkt die Potsdamer Bürger belastet. Die finanzielle Unterstützung vieler Firmen in den Bereichen Kita und Schule, sowie in den Bereichen Sport und Kultur wird darunter leiden. Die Satzung ist auch viel zu kompliziert, ein Großteil der Einnahme dient zur Deckung der Ausgaben in der Verwaltung und kommt gar nicht im Bereich Tourismus an.

Wie sieht es mit den Stadtgrenzen aus? Wird dann die Gastronomie auf Schiffen erst außerhalb der Stadtgrenze beginnen?!

Es sollten auch andere Kosten beachtet werden, zum Beispiel ist der Gewerbesteuerhebesatz der Stadt Potsdam im Land Brandenburg der Höchste und auch die Mieten in Potsdam sind nicht vergleichbar im Land Brandenburg. Mit diesen steigenden Kosten und dieser Abgabe wird Potsdam als Wirtschaftsstandort nicht gerade attraktiver.

Herr Ralph Bührig, als Hauptgeschäftsführer der **Handwerkskammer Potsdam**, berichtet ebenfalls über den Unmut zu dieser Satzung im handwerklichen Gewerbe der Stadt.

Eine Umlage auf das Handwerk sei nicht gerechtfertigt, da der Handwerker keinen Nutzen vom Tourismus hat, beispielsweise die Friseurin im Schlaatz. Das führt zu einer Wettbewerbsverzerrung, da die Kosten über den Preis wieder eingespielt werden müssen und diese Belastung ein ortsfremdes Unternehmen nicht hat.

Herr Wolfgang Cornelius, als Vertreter der **AG Innenstadt Potsdam e.V.**, verweist auf die fehlende soziale Komponente, da das Gewerbe diese Umlage auf den Preis umlegen wird und das jeden Potsdamer trifft, egal ob sozial schwach oder gar unter 18 Jahre alt, jeder muss zahlen. Eine Umfrage bei den Gewerbetreibenden in der Innenstadt ergab eine Unterschriftenliste mit 253 Unterschriften gegen diese Satzung. Zudem kommt eine noch längere Unterschriftenliste der Kunden gegen diese Abgabe. Viele fragen, warum der stadteigene Park (BUGA-Park) kostenpflichtig ist und „fremde“ Parks (Park Sanssouci) bezuschusst werden, so dass sie Eintrittsfrei bleiben. Herr Cornelius weist auch nochmal auf das Defizit der SPSG in Höhe von 4 Mio. € hin und dass durch die Satzung nur 1 Mio. € gedeckt werden.

Frau Müller möchte wissen, ob städtische Unternehmen wie das HOT und der Nikolaisaal auch diese Abgabe zahlen müssen, da sie ja von der Stadt bezuschusst werden. Sie möchte auch wissen, warum das Krongut Bornstedt und die Schiffbauergasse in Zone 2 eingeordnet wurden, da diese Orte ja von Touristen am meisten genutzt werden. Zudem fragt sie nach der Anzahl der zu schaffenden Planstellen in der Verwaltung, welche für die Erhebung der Satzung nötig sind.

Herr Exner erläutert die Grundlagen im KAG und führt Beispielrechnungen an. Danach müsse sogar der VIP diese Abgabe zahlen. Zur Erhebung der Abgabe werden 6 Stellen geschaffen.
Zur Einteilung der Zonen wird später Herr Frerichs (Bereich 903 - Wirtschaftsförderung) berichten.

Herr Schultheiß beanstandet die Zahlen, diese seien unrichtig und nicht nachvollziehbar. Auch Bemessungsgrundlage und Einteilung der Zonen seien nicht nachvollziehbar. Eine Umfrage der Anwohner in Nachbarschaft des Parks habe zudem ergeben, dass sogar die direkten Nachbarn einen Parkeinritt bevorzugen.

Herr Becker erkennt keine Vorteile in der Erhebung der Abgabe und findet diese sogar schädlich für den Tourismus. Für den Park bzw. die Stiftung seien der Bund und zwei Länder verantwortlich, nicht die Stadt. Man übernehme hier wieder Aufgaben von Bund und Länder wie beispielsweise beim Lehrersersatzpool. Der Parkeinritt kommt eh früher oder später. Hier entsteht eine direkte Belastung für die Potsdamer Bürger und mit 260 Tsd. € Verwaltungsaufwand ein Bürokratiemonster.
Zudem müssen Touristen überall Eintritt zahlen, nur nicht im Potsdamer Park Sanssouci. Dies verleitet zum Gedanken, dass hier nichts geboten wird. Auch seien Touristen darauf eingestellt Eintritt zu bezahlen und kommen mit prall gefüllten Portemonnaies.

Herr Schubert weist auf die Kehrseite des Parkeinritts hin, denn dann würden über die Hälfte aller Eingänge geschlossen. Ein Blick nach Weimar lässt erkennen, dass hier die Bettensteuer eingeführt wurde, welche in Potsdam ebenfalls abgelehnt wurde.

Herr Schubert stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zurück zustellen, da die Satzung noch nicht reif genug ist.

Ob Eintritt oder Abgabe, beides sei unangenehm, aber alle profitieren nun mal von diesem Park. Fragwürdig sei auch, warum die SPSG nur für diesen Park Eintritt nehmen wolle.

Herr Frerichs erläutert die Entstehung und Einteilung der Zonen.

Herr Richard Elmenhorst (Rechtsanwalt & Fachanwalt für Verwaltungsrecht) erläutert die Umsatzmaßstabentwicklung. Er berichtet, dass sich Klagen in anderen Kommunen in Grenzen hielten, bspw. auf Westerland gab es 4 Klagen von ca. 4.000 betroffenen Unternehmern.

Herr Heinzel findet, dass der Vergleich mit Westerland hinkt. Potsdamer Unternehmen verdienen ca. 80 % ihres Umsatzes außerhalb Potsdams, aber gerade Berliner Unternehmen ca. 80 % in Potsdam.
Die Finanzierung sei Aufgabe der SPSG und nicht der Stadt. Selbst der Bürger sei bereit einen Eintritt zu zahlen.

Herr Schüler möchte eine Anlage an der Satzung wissen, welche die Bemessungsgrundlagenentstehung beinhaltet. Zudem findet er keine Verknüpfung zur SPSG in der Satzung oder die erwähnte 1 Mio. €, den Parkeinritt und die Eingänge.

Herr Cornelius betont, dass ca. 15 Eingänge offen bleiben.
Er hat als Beispielrechnung sein ehemaliges Geschäft in der Brandenburger Straße angeführt und kommt auf eine jährliche Abgabe in Höhe von 1.000 € und

empfindet dies doch schon als sehr belastend.

Herr Becker erläutert kurz, dass der Eintritt für einen Teil des Parks am Schloss eingeführt wird und dass die Wirtschaftswege offen bleiben.

Herr Kaminski möchte der Satzung noch eine gewisse Zeit einräumen um gewisse Satzungshinweise zu behandeln.

Herr Stab möchte gern die Einteilung der Zonen überarbeitet wissen.

Herr Schubert betont die juristisch sichere Lösung der Abgabe und dass dadurch der gesamte Park frei bleibt für jeden.

Er bittet Herrn Frerichs den Lösungsweg bzw. die Entstehung der Satzung schriftlich Niederschreiben, so dass jeder es nachlesen und nachvollziehen könne.

Herr Dr. Wegewitz lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellen der DS 13/SVV/0282 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4.3

Tourismusticket

Vorlage: 13/SVV/0136

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Diskussion siehe DS 13/SVV/0282.

Herr Kaminski möchte die DS 13/SVV/0136 bis zum Entscheid der DS 13/SVV/0282 ebenfalls zurückstellen.

zu 4.4

Finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt am Unterhaltungsaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG)

Vorlage: 13/SVV/0283

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Diskussion siehe DS 13/SVV/0282.

Herr Dr. Wegewitz verliest die Änderungsanträge der Potsdamer Demokraten und der Fraktion Die Andere und lässt anschließend darüber abstimmen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) eine Vereinbarung über die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Unterhaltungsaufwand in den im Potsdamer Stadtgebiet gelegenen Gärten und Parks der SPSG bis zu 1 Mio. Euro/Jahr, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2014 und zunächst befristet für 2

Jahre, zu verhandeln. Der Vertrag ist der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Mit der Vorlage zur Genehmigung ist ein Rechtsgutachten anerkannter Verfassungs- und Verwaltungsrechtler einzuholen, das darüber Aussagen macht, ob eine solche finanzielle Beteiligung der LHP an der SPSG zulässig ist.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der Potsdamer Demokraten:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der Fraktion Die Andere:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	2

Abstimmungsergebnis zum geänderten Antrag:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	4

zu 4.5 Durchgang im Schäferfeld

Vorlage: 13/SVV/0176

Fraktion DIE LINKE

Herr Praetzel (Fachbereich 47 - Grün- und Verkehrsflächen) informiert über eine grundsätzliche Zustimmung der Verwaltung, jedoch sei der Zeitrahmen nicht zu halten, da hier erst ein Grenzfeststellung erfolgen müsse.

Herr Kaminski ändert den Antragstext, um der Verwaltung mehr Zeit einzuräumen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in Umsetzung des Beschlusses DS 12/SVV/0151 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auf dem städtischen Grundstück zwischen Nutheschneelstraße und der Garagengemeinschaft im Schäferfeld der Durchgang zwischen beiden Straßen hergestellt wird. Dazu hat eine Verständigung mit dem Garagenverein zu erfolgen. Ziel ist, den Durchgang bis zum Ende des Jahres 2013 herzustellen. Über den Stand der Umsetzung wird die Stadtverordnetenversammlung **mit einem Zwischenbericht** in der Sitzung am 04.09.2013 informiert.

Abstimmungsergebnis zum geänderten Antrag:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 4.6 Entgeltordnung für die Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen (Gewerbeabfall) der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 13/SVV/0251

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Entgeltordnung für die Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen (Gewerbeabfall) der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **1**

zu 4.7 Satzung Entwicklungsbereich "Kramnitz"

Vorlage: 13/SVV/0253

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Klipp (Geschäftsbereich 4 - Stadtentwicklung und Bauen) bringt die Vorlage ein.

Herr Lehmann (Fachbereich 46 - Stadtplanung und Stadterneuerung) stellt die Maßnahme Kramnitz vor und erläutert die Entwicklung.

Herr Jesse (Geschäftsführer der Polo Beteiligungsgesellschaft mbH) erörtert die finanzielle Einschätzung der Maßnahme, welche eher konservativ, in Bezug auf die zu erwartenden Einnahmen, geplant und von einem Wirtschaftsprüfer geprüft und bestätigt wurde.

Herr Schüler bittet den Bescheid vom Land dem Protokoll beizufügen. Er fragt, ob der Rahmenvertrag mit der TG noch gültig ist.

Herr Klipp berichtet über ein extern erstelltes Gutachten, welches die Maßnahme bestätigt hat.

Herr Schultheiß fragt, ob die -10 Mio. € durch höhere Grundstücksverkäufe wieder eingespielt werden könnten.

Herr Jesse bejaht dies, aber man müsse Vorsicht walten lassen und daher seien die Erlöse eher konservativ eingeschätzt worden um auf der sicheren Seite bei der Finanzierung zu stehen.

Herr Stab fragt, ob die Tram-Trasse in der Planung und Kalkulation berücksichtigt wurde.

Herr Jesse erläutert, dass es sich hier nur um eine Plausibilisierung handelt, was nicht vergleichbar mit einem städtebaulichen Wettbewerb ist. Daher beziehen sich die Planungen nur auf die Maßnahme vor Ort.

Frau Gräf möchte wissen, in welcher Jahresscheibe des mehrjährigen Projektes, ein negatives Saldo entsteht.

Herr Jesse gibt zur Kenntnis, dass dies im ersten Jahr durch eine Kreditaufnahme passiert, da hier die Abrisskosten entstehen.

Herr Schubert möchte wissen, wann der Bescheid endgültig feststeht und ob eine Verkehrsanalyse erfolgt ist.

Herr Klipp erläutert die Rechtsmittel binnen 4 Wochen, oder man müsse abwarten, was ab 2018 geschieht. Die Verkehrsanalyse erfolgt mit der Bauleitplanung.

Herr Heinzel fragt, ob die Kosten zur Beseitigung der Deponie inklusive sind bzw. berücksichtigt wurden.

Herr Jesse erläutert, dass diese Kosten Bestandteil der Maßnahme sind, sofern das Grundstück Bestandteil wird.

Herr Schubert fragt, was passiert, sollte die TG doch alle Rechtsstreitigkeiten gewinnen.

Herr Klipp informiert, dass dann erst recht Bedarf an dieser Maßnahme besteht. Die Verkehrsanalyse wird in den nächsten 2-3 Jahren folgen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Satzung über die förmliche Festlegung des Entwicklungsbereichs „Kramnitz“ (Anlage 1) wird gemäß § 165 Abs. 6 BauGB beschlossen. Die Begründung (Anlage 2) wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 4.8 Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0190**

Oberbürgermeister, SB Recht und Grundstücksmanagement
+ Äa Fraktion SPD vom 08.05.2013

Herr Dr. Wegewitz stellt den Änderungsantrag den § 2 (4) streichen zulassen und eröffnet die Diskussion.

Herr Exner erläutert kurz die Satzung.

Herr Dr. Wegewitz findet die Kosten für ein Akteneinsichtsrecht zu teuer, so dass erst ein Kostenvoranschlag eingeholt werden müsste.

Herr Schüler bittet, diesen Punkt klarer zu definieren.

Frau Wycisk (Servicebereich 16 - Recht und Grundstücksmanagement) erläutert die Grundlage des § 2 (4) und dass ihr kein Fall bekannt ist, bei dem die Kosten über 100 € gestiegen sind. Die 1.000 € im § 2 (4) sind als Kostendeckelung eingefügt.

Zudem müssen die Satzung nach einem Jahr evaluiert werden und man

könne eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Einzelnen mit aufnehmen.

Herr Wolff fragt nach der Notwendigkeit der Gebühr.

Frau Wycisk erläutert die Verfolgung von Privatinteressen.

Herr Schultheiß fragt, ob man nicht nach Seiten abrechnen könne.

Herr Exner schlägt vor den Punkt 7.2.3 zu streichen und den Punkt 7.2.2 mit 100-250 € neu festzusetzen.

Herr Dr. Wegewitz lässt über seinen anfangs eingebrachten Änderungsantrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

Abstimmungsergebnis zum geänderten Gesamtantrag:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.9 Sportstättenanierung

Vorlage: 13/SVV/0269

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rademacher erläutert den Antrag.

Herr Exner berichtet darüber, dass es keine Deckungsquelle dafür gibt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	2